

FRAGE von Lydia Klinkenberg

In den letzten Jahrzehnten hat die Regional- und Kohäsionspolitik der Europäischen Union eine wichtige Rolle bei der der Vollendung des Binnenmarktes und bei der der EU-Erweiterungspolitik gespielt. Mit ihren Maßnahmen für eine zielgerichtete Entwicklung der Mitgliedstaaten stärken sie die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und tragen zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt innerhalb der EU bei. Diese wichtigen Instrumente der EU-Investitionspolitik haben die Ungleichheiten zwischen den Regionen seit ihrem Bestehen erheblich verringert.

In den vergangenen Monaten haben auf EU-Ebene umfassende Vorbereitungen des neuen finanzpolitischen Rahmens für die nächste Förderperiode ab 2020 stattgefunden. Da auch in Ostbelgien die regionale Entwicklung ein Schwerpunktthema ist, stellt sich mir folgende Frage: Ist es bereits absehbar, wie hoch die Mittel sein werden, mit denen die Deutschsprachige Gemeinschaft in der nächsten Förderperiode rechnen darf?

ANTWORT

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Kohäsionspolitik hat in den letzten Jahrzehnten in der Tat dazu beigetragen, dass die Europäische Union wirtschaftlich und sozial stärker zusammengewachsen ist.

Und wir reden hier weiß Gott nicht über Kleckerbeträge.

Die Union investiert alleine in der aktuellen Förderperiode, also zwischen 2014 und 2020,

knapp 352 Milliarden Euro in die Kohäsionspolitik
– das entspricht ungefähr einem Drittel des EU-Haushalts.

Davon haben auch wir hier in Ostbelgien profitiert.

So fließen in der laufenden Förderperiode alleine **11 Millionen Euro**
in unser eigenes Programm des Europäischen Sozialfonds.

Darüber hinaus stellt die EU im gleichen Zeitraum
92 Millionen Euro für das Interreg-Programm der Euregio Maas-Rhein
und weitere 140 Millionen Euro für das Interreg-Programm der Großregion
zur Verfügung.

Mit diesem Geld werden zahlreiche Projekte
mit ostbelgischer Beteiligung finanziert (Gesamtvolumen von **45 Millionen
Euro**).

Von Anfang an lag das Hauptaugenmerk der Kohäsionspolitik
auf den weniger entwickelten Regionen.

Der **siebte Bericht über die Kohäsionspolitik**,
den die EU-Kommission vor wenigen Wochen vorgelegt hat,
zeigt aber,
dass die Auswirkungen von Globalisierung, Migration, Armut,
Innovationsmangel, Klimawandel, Energiewende und Umweltverschmutzung
auch in den weiter entwickelten Regionen spürbar sind.

Nicht zuletzt deshalb sind wir der Meinung,
dass auch in Zukunft
**alle Mitgliedsstaaten von den Strukturfonds der EU
profitieren müssen.**

Anfang 2018 wird eine öffentliche Konsultation zur künftigen Kohäsionspolitik eingeleitet.

Im Mai 2018 wird die Europäische Kommission
dann ihren Vorschlag
für **den neuen mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen,**
gefolgt von den Vorschlägen für die Kohäsionspolitik in der Zeit nach 2020.

Der Brexit kommt mit Blick auf den EU-Haushalt
zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

**Denn den Mindereinnahmen
stehen geplante Mehrausgaben der Union
in Milliardenhöhe gegenüber.**

Das Weißbuch zur Zukunft Europas
und die bisherigen Reflexionspapiere haben gezeigt,
dass die EU mit 27 Mitgliedern im Zeitraum bis 2025
und darüber hinaus
vor großen mitunter finanziellen Herausforderungen stehen wird.

Dazu zählen die **Migration**,
die Kontrolle der Außengrenzen,
die Cybersicherheit,
die Bekämpfung des Terrorismus und die gemeinsame Verteidigung.

Um die Brexit-**Mindereinnahmen** auf der einen
und die geplanten **Mehrausgaben** für neue Herausforderungen
auf der anderen Seite
in Einklang zu bringen,
gibt es – vereinfacht gesagt – zwei Möglichkeiten:
entweder steigert die EU ihre Einnahmen
oder sie verringert ihre Ausgaben.

Oder sie einigt sich auch auf eine Kombination von Beidem...

Was die **Einnahmen** angeht,
so hat die Hochrangige Gruppe Eigenmittel,
unter der Leitung des früheren italienischen Ministerpräsidenten Mario **Monti**,
mehrere Möglichkeiten in Aussicht gestellt,
die durchaus interessant sind.

Dazu gehören ein reformiertes System der Eigenmittel
aus den nationalen Mehrwertsteuer-Einnahmen,
die Einführung von körperschaftssteuerbasierten Eigenmitteln,
eine Finanztransaktionssteuer,
die Besteuerung fossiler Brennstoffe
oder eine indirekte Besteuerung von in Drittländern mit hohen Emissionen
hergestellten Importwaren.

Und natürlich besteht auch die Möglichkeit,
die EU-Einnahmen zu steigern,
in dem die nationalen Beiträge
auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens erhöht werden,
also indem die aktuell wichtigste Einnahmequelle der EU gestärkt wird.

Dennoch sollten wir uns darauf einstellen,
dass nicht nur an den Einnahmen,
sondern auch an den **Ausgaben** „geschraubt“ wird.

Und in Anbetracht der Tatsache,
dass bisher die Kohäsionspolitik bzw. die EU-Strukturfonds
etwa ein Drittel der Gesamtausgaben ausmachen,
ist nicht auszuschließen,
dass manch einer auch an dieser Stelle sparen will.

Ich bin jedoch der festen Überzeugung,
dass **gerade die Kohäsionspolitik in Zeiten von Europamüdigkeit,
Populismus und Nationalismus dazu beiträgt,
die Distanz zwischen den EU-Institutionen
und den Bürgern zu verringern
und den europäischen Mehrwert konkret erfahrbar zu machen.**

Und ich freue mich,
dass sich sowohl die **AGEG**
als auch der **Ausschuss der Regionen** als wichtiges Sprachrohr innerhalb der
EU

in dezidiert Form für eine möglichst finanzstarke Kohäsionspolitik ausgesprochen hat.

So fordert der AdR,
dass auch nach dem Brexit der derzeitige prozentuale Anteil von ungefähr einem Drittel des EU-Haushalts für die Kohäsionspolitik bzw. die Strukturfonds gleich bleibt.

Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit Gewissheit sagen, wie hoch die EU-Fördermittel sein werden, die nach 2020 nach Ostbelgien fließen.

Wir setzen uns aber auf allen Ebenen dafür ein, dass wir bei der Verteilung der Fonds möglichst stark berücksichtigt werden.

Dem AdR kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Unser Wunsch ist es natürlich,
dass die Europäische Union im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik für Ostbelgien und die Fördergebiete, zu denen wir gehören,
Mittel in gleicher Höhe vorsieht,
wie dies in der aktuellen Förderperiode der Fall ist.

Die Mittel für Programme wie den Europäischen Sozialfonds oder Interreg müssen im Mehrjährigen Finanzrahmen den gleichen Stellenwert haben wie bisher.

Die Kohäsionspolitik hat ihre Hebelwirkung
und ihre Symbolkraft unter Beweis gestellt.

Sie steigert die Innovationskraft und Beschäftigungsfähigkeit der Betriebe,
verringert die sozialen Ungleichheiten
und fördert die Umstellung auf eine CO2-arme Wirtschaft.

Darauf sind wir mehr denn je angewiesen – auch hier bei uns in Ostbelgien.